

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 17 (1997)

Heft: 34

Artikel: Gewerkschaftspolitik im Zeitalter des globalen Kapitalismus : Alternativen zur Globalisierungsdoktrin

Autor: Schäppi, Hans / Schöni, Walter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652341>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaftspolitik im Zeitalter des globalen Kapitalismus

Alternativen zur Globalisierungsdoktrin

Seit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten in Osteuropa und der Sowjetunion in den Jahren 1989-91 denken und sprechen ÖkonomInnen und PolitikerInnen der westlichen Welt in Begriffen des „globalen Kapitalismus“. Der Trend scheint ihnen recht zu geben: „Marktwirtschaft“ hat sich weltweit als Wirtschaftsmodell durchgesetzt, die Kapitalakkumulation ist universelle Triebkraft wirtschaftlichen Handelns, und die Weltmarktkonkurrenz entscheidet unerbittlich über das wirtschaftliche Überleben. Vorbei ist es mit den „planwirtschaftlichen Experimenten“, die gelegentlich noch verunsichern konnten; Marktgesetze dienen heute gleichermaßen der Rechtfertigung von sozialen Härten wie der Erklärung von Maximalprofiten. Weder die inneren Widersprüche des globalen Kapitalismus noch die Ungleichheiten und ihr Ausgrenzungseffekt gegenüber grossen Teilen der Weltbevölkerung stören den neoliberalen *mainstream* in seinem Bemühen um ein kohärentes Weltbild.

Dem Denken in Markt- und Wettbewerbskategorien können sich auch Teile der Sozialdemokratie und der Grünen kaum noch entziehen. In verschiedenen Ländern wählen sie die Flucht nach „vorne“, suchen sie neues politisches Profil im liberalen Modernismus, der sich, gepaart mit sozialer Fürsorglichkeit, durchaus in politischen Mehrheiten auszahlen kann – wie Blairs „New Labour“-Strategie bewiesen hat. In Deutschland haben spätestens die Thesen Gerhard Schröders zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft (Die Zeit, 19.9.97) den Richtungsstreit über das sozialdemokratische Programm für die Bundestagswahlen 1998 öffentlich gemacht. In dem veränderten politischen Koordinatensystem werden gewerkschaftliche Positionen, die an arbeits- und sozialpolitischen Regulierungen festhalten, nicht selten dem „konservativen“ Pol zugeordnet. Die Ironie der modernistischen Sprachregelung besteht indessen darin, dass sie soziale und ökologische Probleme nicht beseitigt, nur vernebelt. Wenn dereinst der Nebel marktgängiger Begriffe sich lichtet, wird auch sozialdemokratische Politik strikte daran gemessen werden, ob es ihr gelingt, fortschrittliche Errungenschaften abzusichern, andere zu verbessern und wesentlich zur Anhebung der international gültigen Standards beizutragen.

Die Frage, wie dies alles zu bewerkstelligen sei, stellt sich ebenso dringlich für die Gewerkschaften. Eine gewerkschaftliche Politik, die gegenüber der Logik der Kapitalakkumulation handlungsfähig bleiben will, muss notwendigerweise den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen, aber ebenso den inneren Widersprüchen und Grenzen der Globalisierung Rechnung tragen. „Globalisierung“ dient als strategischer Begriff zur Erklärung jeglicher Veränderung im Wirtschaftsleben, zugleich ist sie aber Realität.

Worin besteht das Neue dieser Realität? Hat das Kapital nicht schon immer weltweit Handel getrieben, investiert und spekuliert? Neu ist zweifellos, dass *erstens* beliebige Unternehmen – und nicht mehr nur Konzerne – Ressourcen in einem weltweiten Netzwerk nutzen (in der Beschaffung, Personalrekrutierung, Finanzierung, Vermarktung usw.); dass *zweitens* die Wirtschaftsstandorte untereinander in Kostenkonkurrenz treten und dass *drittens* die Kommunikation, Kapitalakkumulation und Vermarktung tendenziell jede Lebenssphäre unseres Alltags durchdringen (vgl. Peripherie 1995; Heise 1996, 18; Altvater/Mahnkopf 1997, 21 ff.). Dennoch ist das Netzwerk des globalen Kapitalismus nicht wirklich global, koexistiert es mit grossen Zonen wirtschaftlicher Ausgrenzung. Auch besitzen die nationalen und regionalen Knotenpunkte nach wie vor ihre wirtschaftliche Dynamik, die politisch zu gestalten ist, sollen sie nicht dem Deregulierungs geschäft überlassen werden.

Die Gewerkschaften haben sich lange Zeit stark auf die Gestaltung der binnengewirtschaftlichen, berufs- und branchenbezogenen Fragen konzentriert. Sie haben in der Praxis eine Trennlinie gezogen gegenüber den weltwirtschaftlichen Problemen, z.B. den multinationalen Konzernen, den peripheren Ökonomien in Süd und Ost – diese Themen wurden unter den Rubriken „Dritte Welt“ oder „Internationalismus“ abgehandelt. Die Trennung ist in Frage zu stellen, aber nicht im Sinne eines abstrakten Globalismus. Nur wenn die Gewerkschaften die *Verbindungen* zwischen der lokalen Ebene und den transnationalen Netzwerken und Akkumulationsformen des Kapitals analysieren, können sie auch dem inflationären Gebrauch des Wortes „Globalisierung“ konzeptionell entgegentreten und unterscheiden, welche Probleme wirklich weltwirtschaftliche Ursachen haben und welche dagegen „hausgemacht“, d.h. der Politik im nationalen oder lokalen Rahmen zuzurechnen sind. Sichtbar werden so auch Handlungsspielräume für wirtschaftspolitische Alternativen, die es im Zeitalter der europäischen Integration, der monetären Konvergenz (Euro) und der weltwirtschaftlichen Liberalisierung mehr denn je zu wahren gilt. Welche Möglichkeiten bestehen aus gewerkschaftlicher Sicht für eine Gestaltung wirtschaftlicher Zusammenhänge, die sich der Logik des Marktes und der globalen Konkurrenz nicht völlig unterordnet, die im Gegenteil mit dem absoluten Vorrang der Kapitalrentabilität vor den sozialen und ökologischen Ansprüchen bricht? Wie stehen die Chancen für demokratische, sozial- und umweltverträgliche Entwicklungs perspektiven in unseren Ländern und in der transnationalen Zusammenarbeit? Dazu werden im folgenden einige Thesen formuliert.

Kapitalakkumulation im Zeitalter der Globalisierung

I. Die Logik der Kapitalakkumulation ist das beherrschende Prinzip der wirtschaftlichen Entwicklung seit dem Aufkommen des bürgerlichen Unternehmertums und der Ausweitung der Geldwirtschaft. Primärer Bezugsrahmen der Akkumulation ist nicht die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürf-

nisse, sondern die Wertschöpfung, die Realisierung des Wertprodukts und die maximale Rentabilisierung der Investitionen.

„Kapitalakkumulation“ bedeutet bekanntlich Vermehrung von Kapital durch seine rentable Anlage in produktiven Tätigkeiten oder in Finanzgeschäften. In welche Wirtschaftstätigkeiten investiert wird, hängt ab von den Renditeerwartungen der Kapitalbesitzer, den relativen Faktorpreisen der Wirtschaftsstandorte und dem Innovations- und Verdrängungswettbewerb auf den Weltmärkten. Dem quantitativen Akkumulationsziel eines Unternehmens bzw. Investors haben sich andere Kriterien wie der gesellschaftliche Bedarf (z.B. nach ausreichenden Erwerbsmöglichkeiten), der soziale Ausgleich, die soziopolitische Konfliktregelung und die Erhaltung natürlicher Kreisläufe unterzuordnen. Für transnational operierende Unternehmen ist es im allgemeinen wichtiger, die Ertragskraft und die Kapitalrentabilität (*shareholder value*) zu steigern, als an einem bestimmten nationalen Standort Arbeitsplätze zu erhalten oder Umweltschäden zu vermeiden. Soziale Wohlfahrt und eine intakte Umwelt können den Unternehmenserfolg stützen, sie gelten aber nicht als primäre Unternehmensziele. Die globale Ausrichtung der Akkumulationsdynamik geht einher mit einem Funktionswandel der staatlichen Wirtschaftspolitik, wobei diese Entwicklung erst in den letzten Jahrzehnten klare Konturen erhalten hat (Altvater 1994).

II. Das Akkumulationsmodell der Nachkriegszeit beruhte noch bis zu Beginn der 70er Jahre auf der Expansion der imperialistischen Zentrumsökonomien, d.h. auf neokolonialer Ausbeutung, auf Umsatzmaximierung durch Markteroberung und auf einer internationalen Arbeitsteilung, die das materielle Entwicklungsgefälle zementiert hat.

Die westlichen Zentren üben ihre neokoloniale Macht über andere Weltregionen aus: Sie diktieren die *terms of trade*, zwingen die schwächeren Ökonomien in die Rolle des Rohstoff- oder Halbfabrikateliweranten und des Dauerschuldners; sie blockieren lokale Entwicklungspotentiale (Monopolisierung von Know-how, abhängige Industrialisierung, Stützung von korrupten Regimes), vernichten natürliche Lebensräume und wälzen soziale und ökologische Kosten ab (Ressourcenausbeutung, Import/Export von billigen Arbeitskräften, Export von Sondermüll). Nur die realsozialistischen Staaten vermochten in ihrem Einflussbereich über einige Jahrzehnte eine eigene, ebenfalls hierarchisch strukturierte „Weltordnung“ aufrechtzuerhalten. Hauptakteure der wirtschaftlichen Macht sind indessen die multinationalen Konzerne, die bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts ein Netz von ausländischen Direktinvestitionen aufbauen und lokale Märkte beherrschen. Ihre Steuerungszentrale bleibt aber in den westlichen „Sitzländern“, wo sie an geordneten politischen und sozialen Rahmenbedingungen interessiert sind. Die wirtschaftliche Steuerungsmacht ist daher noch stärker „nationalstaatlich“ verfasst und an Standorte gebunden (Altvater/Mahnkopf 1997, 246 f.), was die Sozialpartnerschaft in der expansiven Akkumulationsperiode der Nachkriegszeit zweifellos begünstigt hat. Allerdings entstehen auch in peripheren Regionen neue nationale Industriestandorte

und Wirtschaftszonen, die durch geschickte Nutzung ausländischer Investitionen zu harten Konkurrenten auf dem Weltmarkt werden (Fröbel et al. 1977).

III. Die aktuelle Epoche ist gekennzeichnet durch eine neue Form der Kapitalakkumulation: In den 80er Jahren erfolgt der Übergang zu einer standortunabhängigen Akkumulation insbesondere in den weltmarktorientierten Wirtschaftsbereichen und Finanzdienstleistungen. Steuerungszentren werden mobil, Wertschöpfungsprozesse werden im Rahmen von globalen Geschäftsstrategien reorganisiert und vernetzt.

Auslöser sind in den 70er Jahren die strukturelle Akkumulationskrise der wirtschaftlichen Zentren und der weltweite Konflikt um die fossilen Energieträger („Erdölkrisen“). Die Expansion von Massenproduktion und Massenkonsum gerät aus dem Gleichgewicht, die fordistische Arbeitskraftnutzung erzeugt politischen Widerstand, und nationale Befreiungsbewegungen kämpfen gegen die neokoloniale Arbeitsteilung. Kurz: Die Rendite „traditioneller“ Investitionen sinkt. Zugleich aber eröffnen sich neue Möglichkeiten: Die Deregulierung des Welthandels (GATT/WTO), die Aufhebung fixer Wechselkurse (*Bretton Woods*) und staatlicher Kapitalverkehrs kontrollen, die Liberalisierung der internationalen Finanz- und Dienstleistungsmärkte und die neuen Informations- und Kommunikationstechniken erweitern den Aktionsraum des produktiven und insbesondere des zinstragenden Kapitals (Kappel/Landmann 1997, 29ff.). Allerdings führt diese Erweiterung keineswegs zur Konvergenz nationaler Wirtschaftsentwicklungen auf einem gemeinsamen Wachstumspfad, wie von der neoklassischen Theorie stets aufs neue prognostiziert, da zugleich mächtige regionale Integrationsblöcke entstehen (EU, NAFTA, pazifischer Raum), und die Realkapitalströme fliessen vor allem „zwischen den Ökonomien gleicher Entwicklungsstufe“ (Heise 1996, 19).

Wirtschaftspolitisch findet ein Paradigmawechsel statt von der Nachfrageförderung hin zur Erweiterung des Spielraums für Anbieter und Anleger. Dieses Umfeld begünstigt neue Akkumulationsformen (Hickel 1987, 68 f.; 1996): Die Renditeerwartungen richten sich weniger auf Kapazitäts- und Beschäftigungsexpansion, sondern auf reine Rationalisierungsinvestitionen und auf Finanzanlagen (Strahm 1997, 73 f.). Die Unternehmen setzen stärker auf ein *intensives*, strategisch optimiertes Wachstum: Nicht mehr die Diversifikation, die Ausweitung der Kapazitäten und das Umsatzwachstum, sondern die strategische Positionierung weniger Geschäftsfelder (rentable Kerngeschäfte), die Kostensenkung bei gegebenen Kapazitäten (Rationalisierung, Material-, Personal- und Lagerkosten) und die Ausweitung der Finanzgeschäfte bilden nun die Hauptquellen des Profits. Die wirtschaftlichen Steuerungszentren werden standortmobil, sie nutzen die globalen Unterschiede in den Faktorpreisen; die Transaktionskosten sind gering und natürliche Konkurrenzgrenzen fallen (Altvater/Mahnkopf 1997, 217 f.). Die Wertschöpfungskette wird aufgebrochen in einzelne Abschnitte, die nach Massgabe der Standortkosten lokalisiert und vernetzt werden.

Eingespielte regionale Zuliefer- und Kooperationsnetze werden vom *global sourcing* zu tiefsten Weltmarktpreisen abgelöst – mit negativen Folgen für die regionale Beschäftigung. Politisch durchgesetzt wird diese Neuausrichtung der Wirtschaft unter der Hegemonie des neoliberalen Projekts, das in den achtziger Jahren in der Gestalt der Reaganomics und des Thatcherismus die Macht des Kapitals entscheidend stärkt, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung schwächt und die Klasse der Lohnabhängigen unter Ausnutzung der herrschenden Massenarbeitslosigkeit diszipliniert (vgl. Widerspruch 31/96, Edit.). Die Politik der binnengesetzlichen Angebotsförderung vereint sich zu Beginn der 90er Jahre mit dem Programm des deregulativen Standortwettbewerbs zu einer *Doktrin der Globalisierung* (Heise 1995, 698).

Destabilisierende Auswirkungen der Globalisierungsdoktrin

IV. Der globale Kapitalismus ist nicht wirklich global. Er operiert zwar weltumspannend, grenzt aber grosse geografische Zonen aus, verschärft bestehende Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten und wälzt Kosten auf Teile der Bevölkerung ab. Daran zeigen sich die immanenten Grenzen der Globalisierung.

Dies gilt einerseits weltweit, weil der Nord-Süd-Gegensatz wächst, Entwicklungsparadigmen scheitern und ganze Weltregionen von der Entwicklung abgekoppelt werden („Ende der Dritten Welt“: Menzel 1992, 15 f.). Länder aus schwarzafrikanischen, karibischen, lateinamerikanischen oder asiatischen Regionen nehmen am Welthandel nach wie vor primär als Rohstofflieferanten und als Zahler von Schuldzinsen teil (Michler 1991). Globalisierung erzeugt aber auch Widersprüche in den industriellen Zentren, wo sich die Kluft zwischen Arm und Reich erweitert, und wo sich das mobile, schlanke und hocheffiziente Unternehmen zunehmend als Risikofaktor erweist. Denn die radikale Rentabilisierung und Restrukturierung der Unternehmen führt oft zu personellem Substanzverlust, zu Beschaffungsengpässen und Qualitätsproblemen, und die Wahl von vermeintlich lukrativen Geschäftsfeldern und Standorten erweist sich nicht selten als Fehlentscheidung, welche die Krisenanfälligkeit der Unternehmen erhöht, zu Lasten der Beschäftigten und der betroffenen Regionen. Bei aller Rede vom Einbezug des Personals, von Total-Quality-Management, von lebenslangem Lernen etc. sind die Beschäftigten mit einer Verschlechterung der Qualität ihrer Arbeit und mit unsicheren Beschäftigungsperspektiven konfrontiert (Schöni 1997).

V. Die Globalisierungsdoktrin, d.h. die strikte globale Ausrichtung der Wirtschafts- und Unternehmenspolitik, hat weitreichende Folgen für die Wirtschaftsstandorte: Sie verschärft die Spaltung der Wirtschaft und destabilisiert die Binnenwirtschaft – auf Kosten der Subsistenzarbeit.

Für die an mehreren Standorten tätigen mobilen Unternehmen, insbesondere im boomenden Chemie-, Pharma-, Elektronik- und Finanzgeschäft, ist es

bereits Routine, dass sie trotz hoher Gewinne aus dem internationalen Geschäft lokal Personal abbauen, wenn dies die Kapitalrendite erhöht. Die Bindung an einen vergleichsweise „teuren“ Standort wie die Schweiz ist aus Unternehmenssicht manchmal nur noch darin begründet, dass bereits getätigte Grossinvestitionen in Produktions- oder Forschungskapazitäten amortisiert werden müssen. Die Stabilität der regionalen Beschäftigung und der Kaufkraft spielen dabei keine grosse Rolle, globales Wachstum und Beschäftigung sind entkoppelt (*jobless growth*). Wenn Manager mahnen, die Gewinne von heute und die damit verbundenen Restriktionen würden die Arbeitsplätze von morgen sichern, so erweist sich dies mehr und mehr als leere Versprechung. Die Geschäftsstrategie des mobilen Kapitals hat somit immer weniger gemeinsam mit der standortgebundenen *Binnenwirtschaft*. Das Gewerbe, die kleineren und mittelgrossen Firmen (KMU) geniessen traditionell einen gewissen Distanzschutz gegenüber der auswärtigen Konkurrenz, tätigen kaum Transaktionen über weite Distanzen, sind an die Region gebunden und daher an einer Marktregulierung, an verlässlichen Qualitätsstandards und an einer stetigen Wirtschafts- und Kaufkraftentwicklung grundsätzlich interessiert (GBI 1997). Radikale Marktöffnungen, eine nunmehr restriktive Kreditpraxis der Banken und hohe Renditeerwartungen der Anleger gefährden ihre Existenzgrundlage.

Die Folge ist ein massiver Druck zur sogenannten „Strukturbereinigung“ – die die lokalen Kartelle und Monopolisten am wenigsten trifft –, zur Abwälzung ökologischer Kosten, zur Lohnsenkung und zur Freisetzung von Beschäftigten. Die Folgen treffen mit voller Härte die Schwächsten am Arbeitsmarkt, die wenig Qualifizierten, viele Frauen und AusländerInnen und eingeschränkt leistungsfähige Personen. Es erhöht sich ganz allgemein die Last der *Subsistenzarbeit*, d.h. der Sozial-, Betreuungs-, Haus-, Erziehungs- und Freiwilligenarbeit, die grossenteils nach wie vor von Frauen getragen wird. Da diese Arbeit nicht oder unterbezahlt ist, und da Frauen und MigrantInnen auch in der Erwerbsarbeit diskriminiert werden, können hier Arbeitskosten gespart und Renditen massiv gesteigert werden (Madörin 1996; Strahm 1997, 121). Die „informellen“ Wirtschaftssektoren sind so weltweit eine Quelle von Gratisressourcen, auf deren Ausbeutung sich die Globalisierungsdynamik zusätzlich stützt, indem sie sie systematisch aus der Kostenrechnung ausschliesst.

VI. Die wirtschaftliche und soziale Desintegration, die als Folge der globalen Akkumulation und des verschärften Kostenwettbewerbs in unseren Ländern spürbar wird, zeigt auffallende und keineswegs zufällige Ähnlichkeiten mit den Folgen der erzwungenen, sozial nicht abgefederten Strukturanpassung in Ländern der Dritten Welt.

Der von Neoliberalen vorangetriebene Deregulierungs- und Globalisierungskurs schlägt derzeit auf die westlichen Ökonomien zurück, der proklamierte Standortwettbewerb wendet sich radikal gegen die in den Gesellschaften des „Rheinischen Kapitalismus“ etablierten partnerschaftlichen Aushandlungs-, Verteilungs- und Konfliktregulierungsmodelle (Schöni

1994, 74 f.). Mit der These, dass die Wachstumsblockaden in den zentralen und peripheren Ökonomien strukturelle Ähnlichkeiten aufweisen, begründen Kappel und Landmann (1997, 395 f.) die Forderung nach einer „Strukturangepassung“ auch der schweizerischen Wirtschaft an die Akkumulationsbedingungen im globalen Kapitalismus. Ihre eindimensionale Wachstumskonzeption scheint sämtliche Problematisierungen der letzten zehn Jahre, sämtliche Forderungen nach Beschäftigungswirksamkeit und ökologischer Nachhaltigkeit unbeschadet überstanden zu haben. Die Strategien der Markttöffnung, der Privatisierung staatlicher Dienste und der Sanierung von Staatshaushalten, wie sie die Gläubigerökonomien im Namen der „Strukturangepassungsprogramme“ des IWF bereits vor Jahrzehnten den verschuldeten Dritt Weltländern auferlegt haben, sollen folgerichtig auch hierzulande angewendet werden. Wurden bisher Entwicklungsökonomien zwangsläberalisiert, d.h. unter ungünstigen *terms of trade* auf den Weltmarkt hingeffnet, und wurden dabei subsistenzwirtschaftliche Existenzgrundlagen zerstört, ohne dass ein Netz von Sozialstandards die sozialen Auswirkungen abfederte (was Kappel und Landmann immerhin noch kritisch anmerken), so sollen heute die Sozial- und Arbeitsstandards und die gesetzlichen Regulierungen auch in den westeuropäischen Industrieländern gelockert werden. Das Vorbild der radikalen Neoliberalen sind genau jene Schwellenländer (Südkorea, Taiwan, Chile unter Pinochet usw.), die die Lektion der globalen Marktwirtschaft am besten gelernt haben, ohne sich allzusehr mit demokratischen Mechanismen und Rechtfertigungsansprüchen zu belasten.

Der Nationalstaat im Spannungsfeld von Weltmarkt und Binnenwirtschaft

VII. Die global vernetzte Form der Kapitalakkumulation verändert die Rahmenbedingungen staatlichen Handelns am einzelnen Wirtschaftsstandort. Die Spaltung der Wirtschaft in standortmobile und standortgebundene Aktivitäten setzt die Wirtschafts- und Geldpolitik unter Druck; der Staat definiert seine Aufgaben neu.

Für die Investitionsentscheidung des Einzelkapitals zählt nicht nur, ob die Faktorpreise (Lohn-, Kapital-, Infrastrukturkosten) an einem Standort günstig sind; zunehmend wichtiger sind das Steuerniveau und die gesetzlichen Auflagen. Denn je schwächer diese Regelungen sind, desto mehr soziale und ökologische Kosten können die Unternehmen externalisieren, d.h. auf die lokale Bevölkerung, auf die Subsistenzarbeit und auf den lokalen Umwelt Raum abwälzen (Massarrat 1996). Der Staat versucht, die Verwertungsbedingungen für Investoren so kostengünstig wie möglich zu gestalten. Da er aber die harten internationalen Eckwerte der Profitspanne – Wechselkurse und Kapitalzinsen – nicht souverän bestimmen kann, wird er vor allem die „renditemindernden“ Auflagen mildern, die Arbeitskosten drücken und die schwächeren, standortgebundenen Akteure im Wirtschaftsprozess zu Konzessionen zwingen wollen. Die Einschätzung, wonach der

Nationalstaat im Zeitalter der transnationalen wirtschaftlichen Integration und Liberalisierung seine wirtschaftspolitische Handlungsfreiheit einbüsst, trifft nur die halbe Wahrheit. Tatsache ist, dass der Staat – nicht nur unter bürgerlicher Mehrheit! – selber eine aktive Rolle übernimmt als „nationaler Wettbewerbsstaat“ (Hirsch 1995): Er widmet sich der Sicherung guter Bedingungen für die Kapitalverwertung – Subventionen, Steuererleichterungen, gesetzliche Deregulierung, innere Sicherheit –, forciert die Privatisierung und versucht, sich eines Teils der Verantwortung für soziale Wohlfahrt, Konjunktursteuerung, Beschäftigungssicherung und öffentliche Grundversorgung zu entledigen und solche Aufgaben an private Anbieter und dezentrale Netzwerke zu delegieren („Entstaatlichung des Nationalstaats“, Jessop 1997, 67 f.). Dabei findet der Wettbewerbsstaat Unterstützung im europäischen Umfeld, insbesondere in der supranationalen Politik der EU. Diese scheint der sozial-regulativen Dimension zurzeit weniger Aufmerksamkeit zu schenken als einer Integration, die im wesentlichen negativ bestimmt ist – nämlich durch den blossen Abbau zwischenstaatlicher Schranken (Streeck 1996).

VIII. Die staatliche Wirtschaftspolitik kann sich indessen nicht auf Dauer über die Bedürfnisstrukturen der Binnenwirtschaft hinwegsetzen: Radikale Liberalisierungsschritte lösen Reaktionen bei den standortgebundenen Wirtschaftskräften im eigenen Lande aus. Wird ihr Schutz vernachlässigt, so formieren sich politische Allianzen, die die staatliche Politik – auch die Aussenpolitik – blockieren können.

Die Binnenwirtschaft, also das traditionelle und verarbeitende Gewerbe, die Landwirtschaft und das Dienstleistungsgewerbe, ist in der Schweiz nach wie vor ein sehr bedeutsamer Leistungsfaktor: Die rund 300'000 KMU (1-500 Beschäftigte) machen 99 Prozent aller Unternehmen der Schweiz aus, und sie beschäftigen rund 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Ein grosser Teil von ihnen operiert an kleinräumigen Märkten und ist an deren Funktion wie auch an der Vertragspartnerschaft grundsätzlich interessiert (vgl. These V). Hier eröffnen sich Bündnismöglichkeiten für den „Faktor Arbeit“ etwa im Bereich der Investitions- und Beschäftigungsförderung. Allerdings ist die Binnenwirtschaft ein labiler Partner. Ihr politisches Verhalten ist geprägt von konservativen und nationalistisch orientierten Parteien und von der Einbindung in Zulieferernetze der Grossunternehmen. Traditionell setzt sich das Gewerbe stärker für Reduktionen auf der Kostenseite ein (Steuersenkung, Budgetsanierung, Lockerung von Auflagen), weniger aber für eine nachhaltige qualitative Wirtschaftspolitik, für einen handlungsfähigen Staatsapparat, für die Verhinderung von Sozial- und Umweltdumping, auch wenn da und dort ein Umdenken zu beobachten ist.

Dies gilt mit Abweichungen auch für die mittelständische Exportindustrie und kann regionale oder branchenbezogene „Bündnisse für Arbeit“ gefährden. Je mehr nun der Staat – insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Rezession – in Koalitionen mit der Aussenwirtschaft einseitig liberalisiert, ohne den Schutz der Binnenwirtschaft und der Arbeitnehmenden durch

technische, soziale und ökologische Standards, durch Investitions- und Beschäftigungsförderung zu gewährleisten, desto mehr trägt er zur Polarisierung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit bei. Und desto stärker fördert er zugleich die breite Opposition nationalkonservativer und chauvinistischer Kreise, die sein Budget, seine Handlungsfähigkeit und den *Service public* insgesamt beschneiden wollen.

Folgen der Globalisierungspolitik für die Gewerkschaftsarbeit

IX. Die bisher dargelegten Veränderungen auf globaler und nationalstaatlicher Ebene legen den Schluss nahe, dass wir uns heute nicht nur in einer wirtschaftlichen Umbruchsituation globalen Ausmaßes befinden, sondern in einer tiefgreifenden Krise und Umgestaltung der innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, der Konfliktregelungsmechanismen und der wohlfahrtsstaatlichen Ordnung.

Im Zentrum der politischen Auseinandersetzung steht heute nicht mehr allein der Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit, sondern das Verteilungsmodell an sich und die Verhandlung zwischen gegensätzlichen Interessen in der zunehmend gespaltenen Gesellschaft: Soziale Rechte, soziale Sicherheit, Vertragspartnerschaft und die demokratischen Regeln der Konfliktlösung werden grundsätzlich in Frage gestellt (Schäppi 1995). Die Deregulierung auf gesamtarbeitsvertraglicher und gesetzlicher Ebene – Arbeitsgesetz, Submissionswesen, Binnenmarktgesetz, Privatisierung von Staatsbetrieben – wird flankiert von einer Neu-Regulierung im Bereich Sicherheit/Staatsschutz/Ausländerpolitik, die das soziale Konfliktpotential eindämmen soll. Krisenbedingte Einnahmenausfälle sowie Steuererleichterungen für Vermögende treiben den Sozialstaat in Finanzdefizite, was wiederum der betriebswirtschaftlichen Kalkulation im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich die Rechtfertigungsbasis liefert: Sie will den Zugang zu den Leistungen mehr und mehr über Marktpreise regeln und von der Eigenleistung – „Selbstverantwortung“ – abhängig machen. Aktuelle Beispiele sind die angestrebten kostendeckenden Krankenkassenprämien oder Studiengebühren, immer neue Bestrebungen zur Senkung der Arbeitslosentaggelder, Modelle der Privatisierung der Altersvorsorge usw. Kein Zweifel – der sozialstaatliche Gesellschaftsvertrag ist in der aktuellen Krise durch hohe Sozialkosten belastet; sie auch in wirtschaftlich schlechten Situationen decken zu können, war indessen stets seine Zweckbestimmung. Das Hauptproblem ist weniger die Finanzlage als vielmehr die herrschende neoliberale Politik, die auf der einen Seite mit mehr „Markt“ die Sozialkosten in die Höhe treibt und auf der anderen Seite die sozialstaatliche Garantie durch marktkonforme Leistungsangebote und individuelle Versicherungsmodelle ersetzen will.

X. Die traditionsreichen Instrumente der Vertragspartnerschaft und der Gewerkschaftspolitik sind von dieser Entwicklung im Kern betroffen.
Die vertragspartnerschaftliche Regulierung ist insbesondere in den welt-

marktorientierten Wirtschaftsbereichen einseitig gelockert oder gar aufgekündigt; eher gesichert scheinen die Vertragswerke bis heute in der traditionellen Binnenwirtschaft. Allerdings konnte die vertragliche Regulierung in grossen Teilen des expandierenden Dienstleistungssektors nie richtig Fuss fassen, was die Mitgliederbasis und die Organisationsmacht der Gewerkschaften gesamtwirtschaftlich schwächt. Während viele Unternehmen einzelwirtschaftliche Verwertungsziele voranstellen, beschäftigungs- und regionalpolitische Verpflichtungen dagegen offen ablehnen, trifft für die Gewerkschaften eher das Gegenteil zu: Sie sind nach wie vor voll in die gesamtgesellschaftliche Verantwortung eingebunden. Seit den 70er Jahren sind sie in jeder neuen Rezession absorbiert von öffentlichen Aufgaben wie Arbeitslosenbetreuung, individuelle Beratung, Sozialplanverhandlungen, arbeitsrechtliche Konflikte, beschäftigungssichernde Initiativen usw. Sie ergänzen dabei den Sozialstaat, dessen Regulierungsfunktion in der Schweiz auf einigen Gebieten – Mitbestimmung, Kündigungsschutz, Entlassungsklauseln für soziale „Problemgruppen“, Minimaleinkommen – schwächer ausgebaut ist als in etlichen Nachbarländern.

In den 80er Jahren wird die „Sozialstaatsfunktion“ der Gewerkschaften weder durch steigende Mitgliederzahlen noch durch politische Konzessionen entschädigt; die Gewerkschaften werden für die sozialstaatliche Bürokratie mitverantwortlich gemacht, und es wird kritisiert, dass sie auf das männerzentrierte Erwerbssystem fixiert seien („Kartell der Arbeit“) und zuwenig für die Frauen und Erwerbslosen täten. Seit einigen Jahren jedoch bröckelt die Akzeptanz der Globalisierungsdoktrin, der Widerstand gegen die marktradikale Wirtschaftspolitik formiert sich auch in der Schweiz – wie früher schon in anderen Ländern, beispielsweise in Frankreich (vgl. Bourdieu et al. 1997). Und zwar vorerst auf der politischen Ebene: In Referendumskämpfen konnten die Gewerkschaften im Bündnis mit wechselnden Kräften eine weitergehende Demontage des gesetzlichen Arbeitsschutzes und der Arbeitslosenversicherung verhindern. Im Zentrum stehen plötzlich wieder die von rechtsbürgerlicher Seite für überwunden gehaltene „soziale Frage“ und die Solidarität, und den Kern des sozialen Protestes bilden nicht Mittelstandsparteien, sondern die für überflüssig erklärten und offen bekämpften Gewerkschaften und Arbeitslosenkomitees.

Gewerkschaftspolitische Alternativen zum globalen Kapitalismus

XI. Wenn nicht alles täuscht, so wird der Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mehr im Zeichen blinder Deregulierung, genzenloser Marktfreiheit und neoliberaler Hegemonie stehen, sondern im Zeichen des wachsenden sozialen Protests gegen die verheerenden sozialen und ökologischen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung. Über den Protest hinaus sind indessen zukunftsweisende Konzepte gefragt.

Wenn die Gewerkschaften im Kampf um soziale Gerechtigkeit und in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine wichtige Rolle spielen sollen, so dürfen sie sich weder auf die Verteidigung der sozialen Errungenschaften

beschränken noch allzulange den Zeiten nachtrauen, in denen wichtige Fragen im Konsens und im Rahmen einer Sozial- und Vertragspartnerschaft gelöst werden konnten. Notwendig sind vielmehr wirtschaftliche Konzepte und gewerkschaftliche Positionen, welche die prinzipiell grenzenlose Akkumulationslogik in Schranken weisen. Ausgangspunkt muss ein sozial-ökologischer Grundkonsens über nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sein. Dafür sind Kriterien der Industrie- und Regionalpolitik, der Arbeits- und Produktempolitik und des Welthandels zu erarbeiten. Bereits vorliegende und nunmehr zu konkretisierende industrie- und regionalpolitische Konzepte (GTCP 1992, GBH 1991, GBI 1994/1997) zielen auf die demokratische Gestaltung der Rahmenbedingungen eines Wirtschaftsprozesses, der die Triebkräfte der Innovation und des Marktes nutzt, nicht aber ihrem Diktat unterliegt. Mit einem „dirigistischen“ Gegenprojekt zur marktradikalen Wirtschaftspolitik wäre hier wenig Neues erreicht. Auch reicht es nicht, in keynesianischer Tradition lediglich die Rahmenbedingungen der Nachfrage und der Arbeit zu definieren. Notwendig ist eine *arbeitsorientierte Angebotspolitik*, welche die Förderung von regionalen Entwicklungspotentialen, umweltschonenden Produktivkräften und Beschäftigungsmöglichkeiten ebenso zum Thema hat wie die soziale Innovation in der Arbeitswelt – neue Mitsprache-, Arbeits- und Lernformen – und die Innovation im Bereich der Ausbildung und des Wissenstransfers. Der Ausbau zwischenbetrieblicher Kooperationsnetze kann, im Austausch mit geeigneten öffentlichen Infrastrukturen (Bildung, Kommunikation, Transferstellen), einem regionalwirtschaftlichen Kontext durchaus neue Entwicklungspfade eröffnen, wie Modellregionen zeigen (Löckener/Underberg 1995). Innovationen zählen dabei nicht als blosse Beschleunigungsmomente in einem ziellosen Wettbewerb, sondern als qualitative Schritte auf dem Weg zum mehr Nachhaltigkeit in der Wirtschaftsentwicklung.

In diesem Sinne ist letztlich der globale Wettbewerb um Marktanteile in einen Wettbewerb um die qualitative Verbesserung der Wertschöpfung, der Produktivkräfte und der Ressourcennutzung zu transformieren (Weizsäcker et al. 1995, 299 ff.; Heim 1996). Sofern solche Innovationspfade weltweit zugänglich werden, können auch die Sozial- und Umweltstandards schrittweise angehoben und lokale, nationale und internationale Regulierungen aufeinander abgestimmt werden (Zaschke 1994). Je mehr solche Standards weltweit durchgesetzt werden, desto geringer ist der Anreiz zur globalen Geschäftsstrategie, deren Rationalität allein darin besteht, kurzfristige Kostenunterschiede zu nutzen und Kosten dort abzuwälzen, wo schwache Regulierungen dies erlauben. Nur eine Erhöhung der Preise für Energie, Transport, Kommunikation und Ressourcenverbrauch, die ein Unternehmen für die Eroberung „fremder“ Kontexte kalkulieren muss, kann im übrigen dem Gigantismus der *Global players* Einhalt gebieten.

XII. Neben der Umsetzung von Konzepten einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung müssen die Gewerkschaften auch Massnahmen zur kurz- und mittelfristigen Bewältigung der Probleme einleiten, die unter dem Global-

lisierungsdruck verschärft worden sind: soziale Destabilisierung, Arbeitslosigkeit, Marginalisierung und Armut.

In Anbetracht der Massenarbeitslosigkeit spielt die inzwischen auf SGB-Ebene koordinierte Politik der *Arbeitszeitverkürzung* eine zentrale Rolle als Mittel zur Umverteilung der Erwerbsarbeit (vgl. GBI 1994a; Rieger 1996). Dabei kann die Arbeitszeitverkürzung nicht von der Frage der Arbeitszeitgestaltung und der Umverteilung abgetrennt werden (Baillod et al. 1997): Erforderlich sind bedürfnisgerechte, vertraglich geschützte Arbeitszeitmodelle, die eine *gerechtere Aufteilung* der Nichterwerbs- und Subsistenzarbeit zwischen Frau und Mann begünstigen. Ein zweiter sozialpolitischer Kernpunkt ist die Garantie kaufkraftsichernder Haushaltseinkommen und die Erhaltung leistungsfähiger Sozialversicherungen, die Erwerbsausfälle *in allen Lebenslagen* kompensieren. Drittens ist die Steuergerechtigkeit zu verbessern, und Kapitalgewinne privater AnlegerInnen sind zu besteuern (vgl. Strahm 1997 a). Viertens sind Lösungen zu finden für die Gruppen der *Langzeitarbeitslosen*, die *vermindert Leistungsfähigen und Behinderten*, die aus der Erwerbsarbeit herausgedrängt worden sind; hier gilt es, mit Einkommentransfers und Eingliederungsmassnahmen den Status der Bedürftigkeit zu überwinden und zu verhindern, dass sich ein völlig ungeschütztes, prekäres Arbeitsmarktsegment herausbildet. Bei all diesen Problemen und Lösungskonzepten ist zudem grundsätzlich zu klären, welche gesellschaftlichen Leistungen nicht nach dem Prinzip des Wettbewerbs und der Rentabilität, sondern nach dem Bedarf der Allgemeinheit zu erbringen und mit staatlichen Mitteln (*Service public*) sicherzustellen sind.

XIII. Konzepte einer nachhaltigen Wirtschaft und zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Diskriminierung und Armut lassen sich nicht isoliert an einem Standort umsetzen. Nur die grenzüberschreitende gewerkschaftliche Zusammenarbeit kann dies erreichen und verhindern, dass sich soziales und ökologisches Dumping weiterhin als Wettbewerbsvorteil bezahlt macht. Die europäische und internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften muss deshalb entscheidend verstärkt werden. Auch müssen die Gewerkschaften ihren Einfluss in der intergouvernementalen Verhandlung und Zusammenarbeit geltend machen, sei dies im Rahmen der EU, der ILO oder der WTO. Denn die offizielle Schweiz vertritt hier oft einseitig wirtschaftsliberale Interessen. Ferner sind die gewerkschaftlichen Positionen über die internationalen gewerkschaftlichen Branchen- und Dachverbände zu koordinieren. Näher bei den Mitgliedern ist die Arbeit der europäischen Konzernbetriebsräte, die durch eine EU-Richtlinie gefördert wird und deren Arbeitsweise auch auf weitere Weltregionen auszudehnen ist. Immer wichtiger sind sodann die Interregionalen Gewerkschaftsräte, die in den Grenzregionen zwischen EU-Ländern und zwischen EU und Drittländern entstanden sind (Müller 1994). Denn in den Grenzregionen ist der Standortwettbewerb am direktesten spürbar.

Voraussetzung einer solchen Ausweitung des gewerkschaftlichen Aktionsradius ist selbstverständlich, dass auch die im weltmarktorientierten

Teil der nationalen Wirtschaft etablierten Vertragsbeziehungen grundsätzlich erhalten bleiben, und dass sich die Gewerkschaften die für ein internationales Agieren erforderliche Fachkompetenz in Wirtschafts-, Technologie-, Ausbildungsfragen usw. aneignen. Allerdings stellt sich auf der transnationalen Ebene noch schärfer das Problem der Regelungsdichte, der Repräsentativität der Vertragspartner und der Verbindlichkeit der Abkommen (Baumann et al. 1996). Und wegen der grossen materiellen Differenzen zwischen den nationalen Kontexten und Regulierungsmechanismen kommt es auch innerhalb der internationalen Arbeitnehmerdachorganisationen häufig zu Konflikten.

Andererseits könnten heute die einigenden Kräfte ebenfalls stärker sein als in der Phase der standortgebundenen (neokolonialen) Akkumulation: Die Standortstrategien der Konzerne und die Deregulierungsoffensiven betreffen heute die westlichen Industrieländer, morgen die Schwellenländer, übermorgen die neu industrialisierenden Länder (China usw.). Standortkorporatismus hat auch in einer sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Spielart keine Zukunft, und der deregulative Wettbewerb mit anderen Standorten wird viele Verlierer hinterlassen. Eine wirkliche *Internationalisierung der Gewerkschaftsbewegung und der Vertragspartner-schaft* könnte dagegen dazu beitragen, die verheerende Desintegrationswirkung der globalen Akkumulation zu brechen. Es muss ihr Ziel sein, innerhalb der EU und der Schweiz soziales und ökologisches Dumping mit Hilfe von gesetzlichen Mindestbestimmungen und europaweiten Tarifverträgen auszuschliessen; und auch in den internationalen multilateralen Vereinbarungen sind entsprechende Klauseln zu schaffen (vgl. Altvater/Mahnkopf 1997, 211 f.; Zaschke 1994; Scherrer 1995). Zudem sollten entsprechend der zunehmenden Mobilität der ArbeitnehmerInnen die Sozialversicherungssysteme Europas harmonisiert und die Rekordarbeitslosigkeit mit koordinierten beschäftigungspolitischen Massnahmen bekämpft werden.

XIV. Wenn die Gewerkschaftsbewegung sich von der kapitalistischen Akkumulationslogik emanzipieren, ihr Modernisierungsdilemma überwinden und sich zu der wichtigen politischen Kraft entwickeln will, welche Alternativen zur herrschenden Form der Globalisierung aufzeigt, so muss sie nicht nur die zentralen politischen Fragen aufgreifen, sondern auch sich selber verändern und ihr politisches Mandat erweitern.

Von einer politischen Kraft, die in branchenkorporative Strukturen eingebunden ist, sollte sie sich wieder verstärkt zu einer sozialen Bewegung entwickeln (Moody 1997). Sie muss mit gezielten betrieblichen und ausserbetrieblichen Aktionen ihre Konfliktfähigkeit ausbauen respektive zurückgewinnen. Und sie muss ihre Fachkompetenz erweitern, um in wirtschafts- und unternehmenspolitischen Debatten mit zukunftsweisenden Konzepten intervenieren zu können. Die Fähigkeit der Gewerkschaften, zu analysieren, zu mobilisieren und zu handeln, ist dabei eng verknüpft mit der innergewerkschaftlichen Demokratie. Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter selber müssen verstärkt zu Handelnden werden. Aber Demo-

kratie ist nicht nur innerhalb der Gewerkschaften ein zentrales Anliegen. Die Ausrichtung auf eine *Demokratisierung* der Wirtschaft, des Staates und der Gesellschaft ist auch die gemeinsame Leitidee, welche die Gewerkschaften mit anderen sozialen Bewegungen wie der Umweltbewegung und der Arbeitslosenbewegung verbinden kann. Indem die Demokratiefrage ins Zentrum gerückt wird, ergeben sich zudem für die Gewerkschaften wichtige weitere Bündnismöglichkeiten. Sie müssen folglich ihr politisches Mandat erweitern: Konzepte und Verhandlungen sind so zu gestalten, dass ihre Bedeutung nicht nur für die vertretenen Mitglieder, sondern für breite Bevölkerungsgruppen, für die Lebensqualität, für die Beschäftigung und Entwicklung in der Region unmittelbar einsichtig wird.

Beispielsweise ist die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung in einem Unternehmen oder einer Branche dann von unmittelbar regionalem Interesse, wenn sie die Firma auch zu Neueinstellungen verpflichtet, die die regionale Beschäftigungssituation verbessern, oder wenn die Arbeitszeitverkürzung mit innovativen Arbeitszeitmodellen verknüpft wird, die eine neue Rollenteilung zwischen den Geschlechtern fördern. Arbeitspolitische Forderungen sind also grundsätzlich auf ihre soziale Verallgemeinerbarkeit hin zu überprüfen und entsprechend auch in der breiten Öffentlichkeit zu kommunizieren. Diesen Grundsatz haben die Gewerkschaften zumindest bei der Aufdeckung von Missständen und Vertragsverletzungen in einzelnen Unternehmen in den letzten Jahren bereits erfolgreich praktiziert.

Literatur

Altvater, Elmar, 1994: Operationsfeld Weltmarkt, oder: Vom souveränen Nationalstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. In: Prokla, Heft 97, 4/94. Münster.

Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit, 1997: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. 2. Aufl. Münster.

Baillod, Jürg/Davatz, Felix/Luchsinger, Christine/Stamatiadis, Martin/Ulich, Eberhard, 1997: Zeitenwende Arbeitszeit. Wie Unternehmen die Arbeitszeit flexibilisieren. Zürich.

Baumann, Hans/Laux, Ernst-Ludwig/Schnepf, Myriam, 1996: Tarifpolitik unter dem Globalisierungsdruck. Zur Supranationalisierung der Tarifpolitik am Beispiel des Baugebwerbes. In: Widerspruch, Heft 31, 2. Aufl. Zürich.

Bourdieu, Pierre/Debons, Claude/Hensche, Detlef/Lutz, Burkart u.a., 1997: Perspektiven des Protests. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat. Hamburg.

Fröbel, Folker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto, 1977: Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Reinbek bei Hamburg.

GBH, 1991: Bauen und Bauarbeit 2000. Gewerkschaft Bau und Holz. Zürich.

GBI, 1994: Industriepolitik für die chemische Industrie. Ein Konzept aus gewerkschaftlicher Sicht. Gewerkschaft Bau & Industrie. Basel.

GBI, 1994 a: Arbeit umverteilen. Publikation Nr. 2 der Gewerkschaft Bau & Industrie. Zürich.

GBI, 1997: Arbeit. Zukunft der Arbeit – genug Arbeit für alle – Arbeit mit Zukunft. Publikation Nr. 3 der Gewerkschaft Bau & Industrie. Zürich.

GTCP, 1992: Textil – Arbeit – Zukunft. Industriepolitische Zielsetzungen für die Textilbranche. Gewerkschaft Textil Chemie Papier. Zürich.

Heim, Thomas, 1996: Das Prinzip der Nicht-Nachhaltigkeit in der Marktwirtschaft. In: Widerspruch, Heft 31, 2. Aufl. Zürich.

Heise, Arne, 1995: Der Standort Deutschland im globalen Wettbewerb. In: WSI Mitteilungen, Heft 11. Köln.

Heise, Arne, 1996: Der Mythos vom „Sachzwang Weltmarkt“. Globale Konkurrenz und nationaler Wohlfahrtsstaat. In: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 1.

Hickel, Rudolf, 1987: Ein neuer Typ der Akkumulation? Anatomie des ökonomischen Strukturwandels – Kritik der Marktorthodoxie. Hamburg.

Hickel, Rudolf, 1996: Internationalisierung der Produktion und Globalisierung der Finanzmärkte – Folgen für Arbeit und Gewerkschaften. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 11-12. Köln.

Hirsch, Joachim, 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin.

Jessop, Bob, 1997: Die Zukunft des Nationalstaates: Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa. In: Steffen Becker/Thomas Sablowski/Wilhelm Schumm (Hg.), Jenseits der Nationalökonomie? Argument-Sonderband Neue Folge 249. Berlin.

Kappel, Rolf/Landmann, Oliver, 1997: Die Schweiz im globalen Wandel. Aussenwirtschaftliche und entwicklungspolitische Herausforderungen. Schlussbericht des Nationalen Forschungsprogramms 28. Zürich.

Löckener, Ralf/Underberg, Barbara, 1995: Verstandort – Regionalisierung als Perspektive für das „Produktionsmodell Deutschland“? In: E. Buhlmann/P. v. Oertzen/ J. Schuster (Hg.): Jenseits von Öko-Steuern. Konturen eines ökologisch-sozialen Reformprojektes im Übergang zum Postfordismus. Dortmund.

Madörin, Mascha, 1996: Der kleine Unterschied – in Milliarden Franken. Überlegungen zur Umverteilung von Arbeit und Einkommen aus feministischer Sicht. In: Widerspruch, Heft 31, 2. Aufl. Zürich.

Massarrat, Mohssen, 1996: „Wohlstand“ durch globale Kostenexternalisierung. In: Widerspruch, Heft 31, 2. Aufl. Zürich.

Menzel, Ulrich, 1992: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der grossen Theorie. Frankfurt am Main.

Michler, Walter, 1991: Weissbuch Afrika. Bonn.

Moody, Kim, 1997: Towards an International Social-Movement Unionism. In: New Left Review, Nr. 225 (Sept./Oct.)

Müller, Gloria, 1994: Grenzerfahrungen. Arbeitsfelder, Arbeitsweisen und Arbeitshemmnisse Interregionaler Gewerkschaftsräte. In: WSI Mitteilungen, Heft 4. Köln.

Peripherie, 1995: Globalisierung. Mit Beiträgen von J. Neyer, U. Menzel u.a. Heft 59/60. Berlin

Rieger, Andreas, 1996: Arbeitszeitverkürzung gegen Arbeitslosigkeit. Zur arbeitszeitpolitischen Debatte aus gewerkschaftlicher Perspektive. In: Widerspruch, Heft 31, 2. Aufl. Zürich.

Schäppi, Hans, 1995: Zweidrittelsgesellschaft oder soziale Demokratie. In: Najib Harabi (Hg.): Wettkampf um die Schweiz 2000. Zürich.

Scherrer, Christoph, 1995: Internationale Arbeitnehmerstandards – Geeignete Instrumente gegen „Sozialdumping“? In: WSI-Mitteilungen, Heft 11. Köln.

Schöni, Walter, 1994: Standortwettbewerb versus Sozialpartnerschaft. Zur Krise der wirtschafts- und sozialpolitischen Regulierung. In: Widerspruch, Heft 27. Zürich.

Schöni, Walter, 1997: Die hohe Kunst der Personalbewirtschaftung. Und ihre Folgen für Bildungsarbeit und Arbeitspolitik in der Schweiz. In: Widerspruch, Heft 33. Zürich.

Strahm, Rudolf H., 1997: Arbeit und Sozialstaat sind zu retten. Analysen und Grafiken zur schweizerischen Wirtschaft im Zeichen der Globalisierung. Zürich.

Strahm, Rudolf H., 1997 a: Kapitalgewinnsteuer: Exploratorische Überlegungen für eine Eidgenössische Volksinitiative. Diskussionspapier z.Hd. SMUV und SGB. Bern.

Streeck, Wolfgang, 1996: Die Ent-Zivilisierung des Kapitalismus. Gewerkschaften zwischen Nationalstaat und Europäischer Union. In: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 4.

Weizsäcker, Ernst Ulrich von/Lovins, Amory B./Lovins, L. Hunter, 1995: Faktor vier. Doppelter Wohlstand – halbierter Naturverbrauch. Bericht an den Club of Rome. München.

Zaschke, Wolfgang, 1994: Internationale Sozialpolitik als Netzwerkpolitik? Horizontale Vernetzung und vertikale Politikverflechtung im Aufgabenbereich der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). In: Prokla, Heft 97, 4/94. Münster.

SOLIDARITÄT

Zeitung des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks SAH

- bezieht Stellung zu aktuellen sozial-politischen Schwerpunkt-themen
- vermittelt jährlich vier mal acht Seiten Transparenz zu unserer Projektarbeit
- lässt MeinungsträgerInnen und ProjektteilnehmerInnen zu Worte kommen.

Mit einem Mitgliederbeitrag von Fr. 30.- jährlich erhalten Sie «SOLIDARITÄT» kostenlos.

Spendenkonto 80–188–1

Postfach 2228
8036 Zürich
Tel. 01/271 26 00
Fax 01/252 55 50



Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH
Œuvre suisse d'entraide ouvrière OSEO
Soccorso operaio svizzero SOS

